Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, ¼jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 2.—. Reklamezeile Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 127 — Mittwoch, den 26. Oktober 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Die Stadtverordnetenwahl

findet **Sonntag, den 20. November d. J.** statt. Die Stadt bildet einen Stimmbezirk.

Die Wählerliste ist getrennt worden und zwar

1. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen, mit den Buchstaben A bis L und .
2. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen mit den Buchstaben M bis Z

beginnen.

Die Wahl hat von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr zu erfolgen und zwar

für die Wahlberechtigten unter 1 (A bis L)
im Erdgeschoß, Ostseite des neuen Schulgebäudes Schulstraße 6, Zimmer 5,
für die Wahlberechtigten unter 2 (M bis Z)
im Erdgeschoß, Westseite des neuen Schulgebäudes, Schulstraße 6, Zimmer 4.

Die Ermittelung des Wahlergebnisses geschieht sofort nach Schluß der Wahl.

Wahlvorsteher ist der unterzeichnete Bürgermeister, Stellvertreter Herr Stadtrat Gustav Thiemann hier.

Beisitzer des Wahlausschusses sind die Herren Gärtnereibesitzer Gerhard Fleck, Zigarrenfabrikant Ernst Krübler, Buchdruckereibesitzer Wilhelm Mischkewitz, Stadtrat Gustav Thiemann.

Naunhof, am 25. Oktober 1921.

Willer, Bürgermeister und Wahlvorsteher.

Alle Verbraucher, die sich bisher nicht mit **Kartoffeln** versorgen konnten, werden aufgefordert, ihren Bedarf **sofort, spätestens aber innerhalb 3 Tagen** im Meldeamt des Rathauses hier, Zimmer 11 anzumelden.

Naunhof, am 25. Oktober 1921. **Der Bürgermeister.**

Gefunden ein Geldbetrag. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich hier melden.

Naunhof, am 24. Oktober 1921. **Der Bürgermeister.**

In der gestrigen 6. diesjährigen Sitzung des Schulvorstandes ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Von der durch die Herren Mischkewitz und Schimpf erfolgten Prüfung der Schulkassenrechnung auf das Rechnungsjahr 1919 nahm man Kenntnis.

2. Von dem Eingang des Nachtrags zum Mitgliedschein über die Unfallversicherung des Schulhausmannes nahm man Kenntnis.

3. Das Gesuch des Herrn Schlossermeisters Karl Rehm um Rückzahlung der Sicherheit für Arbeiten an Blitzableitern wurde genehmigt.

4. Von einer Mitteilung des Ruhegehaltsverbandes Sächsischer Gemeinden über Satzungsänderungen wurde Kenntnis genommen.

5. Zur Teilung der Klasse III der Knabenfortbildungsschule erteilte man Zustimmung. Das Gesuch des Herrn Musikdirektor Blohm, den Fortbildungsschulunterricht für seine Schüler durch eine Leipziger Kraft erteilen zu lassen, wurde genehmigt.

6. Man nahm Kenntnis von einer Mitteilung des Herrn Schuldirektors wegen Aenderung im Schulbetriebe, soweit nötig genehmigend.

7. Von einer Mitteilung der Schulleitung über Erkrankung des Herrn Hilfslehrers Uhlich wurde Kenntnis genommen.

8. Es wurde die Anschaffung von 2 Nähmaschinen für die Mädchenfortbildungsschule beschlossen.

9. Die Restzahlung an die Firma Vogel und Jahn für den Einbau von Wänden in der neuen Schule soll erfolgen.

10. Das Gesuch der soz. Proletarier-Jugend um Ueberlassung eines Schulzimmers wurde mit Vorbehalt genehmigt.

11. Der Schulvorstand bleibt bei der Rückzahlung zuviel gezahlten Gehaltes an eine Lehrkraft stehen.

12. Bei den jetzigen ungünstigen Vermögensverhältnissen der Schule soll von der Besetzung einer ständigen Lehrerstelle zurzeit abgesehen werden. Es soll aber bei dem Bezirksschulamte beantragt werden, die freigewordene Hilfslehrerstelle sofort durch Ueberweisung eines Hilfslehrers zu besetzen.

13. Der 11. Nachtrag zur Schulordnung über den Elternrat wurde in der vorgetragenen Weise angenommen.

14. Die Bestimmungen über die Aufhebung der Schulgemeinden wurden durchgesprochen.

Naunhof, am 25. Oktober 1921. **Der Schulvorstand.**

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%.
Uebertragungen durch unser Postscheckkonto Leipzig No. 10783 spesenfrei. — Geschäftszeit 9—1 Uhr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident Ebert ist in Verhandlungen mit den Parteiführern bemüht, eine erweiterte Grundlage für die neue Regierung zu sichern.

* Die amerikanischen Truppen am Rhein, die gegenwärtig 13 500 Mann stark sind, sollen bis Mitte März 1922 allmählich bis auf etwa die Hälfte zurückgezogen werden.

* Nach unbestätigten Gerüchten soll Karl von Habsburg bereits in Budapest eingetroffen sein.

* Die Kleine Entente will bewaffnet gegen die Aufrichtung der Monarchie in Ungarn einschreiten.

* Der bulgarische Kriegsminister Dimitreff wurde bei einer Automobilfahrt durch Gewehrschüsse ermordet. Der Autoführer und zwei Begleiter wurden ebenfalls getötet.

* In der Krim soll eine selbständige Sowjetrepublik errichtet sein, die zur russischen Republik in bundesfreundlichem Verhältnis steht.

Was tun?

Von besonderer Seite wird uns aus Berlin über die augenblickliche politische Lage nach dem Rücktritt des Kabinetts Wirth geschrieben:

Den Reiz der Neuheit kann man auch beim besten Willen für das Schauspiel, das Deutschland wieder einmal der Welt bietet, nicht in Anspruch nehmen. Im Augenblick einer entscheidungsvollen Krisis, einer Zuspitzung unserer innerpolitischen Lage, wie sie seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges von Zeit zu Zeit immer wieder sich einstellt, bricht die von der Volksvertretung bestellte Regierung zusammen, und die Parteien müssen sich darüber schlüssig machen, was geschehen soll. Jedesmal, wenn diese furchtbare Situation glücklich — oder auch unglücklich — überstanden ist, taucht die Hoffnung auf, daß man mit diesem letzten ungeheuerlichen Opfer sich endlich das Recht für eine ruhigere Zukunft, für eine langsame Anbahnung besserer Beziehungen mit den Feinden von gestern erkauft habe. Und doch, kaum sind einige Wochen, oder höchstens einige Monate, vergangen, so muß man einsehen, daß alles vergebens war, daß neue Schmach, neue Demütigung unser wartet, und daß ein Ende der Vergewaltigungen, denen wir ausgesetzt sind, gar nicht abzusehen ist. Die Furchtbarkeit dieser Erkenntnis hat das Ministerium Wirth und die Parteien, die hinter ihm standen, mit niederschmetternder Wucht getroffen. Und obwohl niemand anzugeben weiß, wie ein anderer Kanzler nach Annahme des Londoner Ultimatums hätte vorgehen müssen, um das Unheil von Genf von uns abzuwenden, so hat nach anfänglichem Schwanken doch die Erkenntnis gesiegt, daß man dem Volke einen Wechsel in der Regierung schulde, da es wirklich nicht angehe, nach der Genfer Entscheidung die Geschäfte des Reiches weiterzuführen, als wenn gar nichts geschehen wäre. Und der Herr Reichspräsident hat infolgedessen wieder einmal die Aufgabe, mit den Parteiführern über die Einsetzung einer neuen Regierung zu verhandeln.

Was geschehen soll, weiß man auf der entschiedenen Linken ebenso bestimmt, wie auf der entschiedenen Rechten. Die sozialistischen Parteien kennen kein Schwanken. Da die Entente gesprochen hat, und da sie auch diesmal wieder mit Zwang droht, muß man, selbstverständlich, gehorchen und tun, was sie befiehlt. Auf der Rechten weist man eine abermalige Preisgabe deutschen Landes, deutschen Volkstums, deutschen Besitzes zurück, und gerade der Umstand, daß sie durch Vertrags- und rechtswidrigen Zwang von uns erpreßt werden soll, verstärkt hier die Entschlossenheit zum Neinsagen. Aber die Mittelparteien, das Zentrum, die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, wie werden sie sich mit der „neuen Lage" abfinden, von der Dr. Wirth in seinem Rücktrittsschreiben an den Reichspräsidenten gesprochen hat? Sollen sie „Ja" sagen und damit den ungeheuerlichsten Rechtsbruch, den Deutschland erfahren hat, sanktionieren? Sollen sie „Nein" sagen und damit außer Oberschlesien auch noch weiteres deutsches Gut, vielleicht auch noch weiteres deutsches Land gefährden? Es nützt euch doch nichts, rufen die Sozialisten ihnen zu, wie sehr ihr euch auch drehen und sperren mögt. Die Grenzlinie ist gezogen, und ihr müßt sie anerkennen, weil ihr euch dazu im Friedensvertrag im voraus verpflichtet habt. Und die Wirtschaftsverträge mit Polen dürft ihr nicht ablehnen, denn sie bieten euch eine letzte Möglichkeit, die kostbaren Industriewerte des nunmehr geteilten Abstimmungsgebietes zu erhalten und deutschen Einfluß zum mindesten für die nächsten 15 Jahre sicherzustellen. Geht ihr darauf nicht ein, so müßt ihr damit rechnen, daß den Polen allein überlassen wird, die Zukunft Oberschlesiens zu bestimmen, so gut oder so schlecht sie es mit oder ohne ausländische Hilfe zu tun vermögen. Also verhandelt mit Polen oder ihr seid ganz verloren. Mit Polen verhandeln? ruft man von der Gegenseite her. Einen Bevollmächtigten innerhalb der vorgeschriebenen achttägigen Frist ernennen? Das bedeutet nichts anderes als die Anerkennung der Entscheidung, in der euch diese Zumutung gestellt ist. Und wenn ihr die Benennung dieses Bevollmächtigten mit einem Protest, mit einer Rechtsverwahrung feierlichen oder unfeierlichen Gepräges verbinden wolltet, so wißt ihr doch ganz genau, daß damit gar nichts erreicht würde. Die anderen hörten von alledem nur das „Ja" — das „Ja" der Verhandlungsbereitschaft mit Polen, und damit wäre in euren Augen der deutsche Verzicht auf den an Polen gefallenen Teil Oberschlesiens ein- für allemal ausgesprochen. Und Verhandlungen mit Polen? Wißt ihr immer noch nicht, daß die Polen Verträge, die auch anderen Völkern Rechte gewähren, immer nur schließen, mit dem Vorbehalt, sie zu brechen, wenn es ihnen in den Kram paßt, daß sie Verhandlungen monate-, ja jahrelang hinzuziehen verstehen und in der Zwischenzeit den Verhandlungsgegner bis aufs Blut zu peinigen wissen? Und seht ihr denn nicht ein, daß der Inhalt aller der Verträge, die ihr nach dem neuesten Pariser Diktat mit Polen abschließen sollt, von Herrn Briand schon im voraus festgelegt ist — selbstverständlich zu dem Zweck, daß all die deutsche Arbeit, die in den nächsten 15 Jahren in Oberschlesien geleistet werden soll, ganz ausschließlich den Polen zugutekommen muß? Merkt ihr nicht endlich, daß eure Feinde jetzt wie schon in Versailles es direkt darauf angelegt haben, euch die Erfüllung der Friedensverpflichtungen unmöglich zu machen, um so immer wieder neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ins Werk setzen zu können? Daß endlich eure Klagen über die immer mehr zusammenschrumpfenden Aussichten auf Befriedigung eurer Feinde ganz sinnlos sind, daß ihr euch damit nachgerade vor den Augen der Welt lächerlich macht, ohne der Lage eures Volkes damit auch nur im mindesten zu nutzen? Nein, habt endlich nur einmal den Mut, zum Widerstand, zur Ablehnung, ohne Rücksicht auf die unmittelbaren Folgen, die daraus entstehen mögen, und ihr werdet sehen, erst dann wird die Möglichkeit besserer Zeiten für euch gekommen sein. —

Wird diese von ganz rechts vertretene Ansicht durchdringen, oder wird die Reichstagsmehrheit an den Traditionen festhalten, die sie im Umgang mit der Entente bereits herausgebildet hat? Wir wagen nicht zu prophezeien, denn nur, wer an der furchtbaren Verantwortlichkeit für diesen Entschluß mit zu tragen hat, kann in völlig eindeutiger Weise zu den Ereignissen dieser Tage Stellung nehmen.

Einigungsbestrebungen.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 24. Oktober.

Nachdem das Kabinett Wirth in eingehenden Beratungen zu der Überzeugung gekommen ist, daß nach der Zerreißung Oberschlesiens die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit sich so erheblich verengert haben, daß für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist, und daß die Regierung daher ihre bisherigen Absichten nicht mehr durchführen kann, hat sie dem Reichspräsidenten Ebert ihre Ämter zur Verfügung gestellt, nicht ohne nochmals der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht. Damit ist deutlich ausgesprochen, daß nur der außenpolitische Druck, nicht aber irgendwelche inneren Differenzen den Rücktritt des Kabinetts veranlaßt haben. Immerhin machen sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien in dem jetzt herrschenden Zwischenzustand, in dem das Kabinett Wirth nur noch die laufenden Geschäfte weiterführt, lebhaft geltend, besonders, soweit die Stellungnahme zur Frage der Behandlung der oberschlesischen Angelegenheit selbst in Betracht kommt.

Der Reichspräsident Ebert hat sich bemüht, die Parteiführer davon zu überzeugen, daß zwischen den Auffassungen der einzelnen Gruppen gar keine allzu tiefgehenden Differenzen bestehen. Die Frage, ob man Delegierte zu den vorgeschriebenen Verhandlungen mit Polen senden soll, wird nur noch von den Deutschnationalen entschieden verneint. Die Sozialisten bejahen diese Frage restlos und die bürgerlichen Mittelparteien wünschen, (mit kleinen Abweichungen untereinander) zum mindesten gleichzeitig einen Protest gegen die Grenzziehung auszusprechen, die man keinesfalls durch die Entsendung von Unterhändlern stillschweigend anerkennen möchte. Die Demokraten, deren Standpunkt für die Volkspartei „nicht indiskutabel" ist, haben erklärt, daß alles vermieden werden muß, was geeignet wäre, das Wesen der Entscheidung als eines einseitigen Diktats zu verdunkeln. Die Fraktion hält daher eine feierliche Rechtsverwahrung der deutschen Reichsregierung gegenüber der Entscheidung vom 20. Oktober für notwendig.

Durch Teilnahme an Verhandlungen über einzelne Bestimmungen dürfte keinesfalls der Diktatscharakter der Entscheidung verwischt werden und die deutsche Rechtsverwahrung müsse aufrechterhalten bleiben.

Es ist durchaus nicht unmöglich, daß auf dieser Basis die bekannte „große Koalition" von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten zustandekommt, obwohl die schwierige Verständigung zwischen den beiden Flügelparteien dieses Blocks über die Steuerfrage noch nicht erzielt ist. Eine andere Basis für die neue Regierung ist zurzeit kaum denkbar, da die Demokraten die bisherige Koalition, das Zentrum aber das Bündnis mit den Sozialdemokraten allein, ebenso wie den rein bürgerlichen Block ablehnen. Wenn die große Koalition auch diesmal nicht gelingt, hält man im Augenblick ein unpolitisches Geschäftsministerium für wahrscheinlich. Die Verhandlungen müssen bis Donnerstag erledigt sein, da dann der Delegierte für die polnischen Verhandlungen ernannt sein muß. Der Reichstag dürfte kaum vor Mittwoch zusammentreten.

Veto.

SLUB
Wir führen Wissen.